

DerWesten - 30.07.2008

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2008/7/30/news-65605053/detail.html>**Die Fakten zum Sarrazin-Streit****Heiße Debatte um die staatliche "Kälte-Stütze"****we** Politik, 30.07.2008, Ulf Meinke

**Berlin. Was spricht für oder gegen die umstrittenen Energie-Sozialtarife? Leiden Hartz-IV-Empfänger besonders unter den hohen Energiepreisen? Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema im Überblick.**

Der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) rät Verbrauchern wegen der steigenden Energiepreise, die Heizung zu drosseln und „dicke Pullover“ anzuziehen. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) fordert dagegen „Sozialtarife“, von denen einkommensschwache Haushalte profitieren. Wie lauten die Argumente?

Sarrazin verweist darauf, dass Empfängern von Arbeitslosengeld II die Heizkosten ohnehin erstattet werden. Gabriel hat Geringverdiener im Blick. Als Vorbilder bezeichnet der Minister anderen europäischen Staaten, in denen es bereits niedrigere Tarife für ärmere Haushalte gebe. So seien etwa in Belgien die ersten 500 Kilowattstunden Strom pro Kopf für Bedürftige kostenlos, erst danach gelte der normale Tarif. Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Debatte:

**Leiden Hartz-IV-Empfänger besonders unter steigenden Strompreisen?**

Hartz-IV-Empfänger erhalten Miete und Heizkosten erstattet. Die Ausgaben für Strom und Warmwasser müssen sie aber aus dem Regelsatz von 351 Euro monatlich selbst aufbringen. Bei steigenden Stromkosten bleibt also weniger Geld für andere Ausgaben des täglichen Lebens. Der Paritätische Wohlfahrtsverband berichtet, angesichts steigender Energiepreise würden zunehmend Geringverdiener eine Aufstockung ihres Einkommens aus Hartz-IV-Leistungen beantragen.

**Können die Konzerne zu Sozialtarifen verpflichtet werden?**

Ja, sagt SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber. Auch die Post sei schließlich zu einer bestimmten Anzahl von Filialen verpflichtet worden. Im Bereich der so genannten „Daseinsvorsorge“ müssten strengere Maßstäbe gelten als bei anderen Wirtschaftszweigen. Das Argument, auch der Bäcker werde nicht vom Staat zu einem bestimmten Brötchenpreis verpflichtet, will der Sozialdemokrat daher nicht gelten lassen. Kelber appelliert an die Energie-Konzerne, Selbstverpflichtungen einzugehen, um gesetzlichen Vorgaben zu entgegenen. Dagegen warnt CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer vor „Staatsinterventionismus“ nach dem Vorbild der DDR.

**Worauf müssen sich die Verbraucher einstellen?**

Schätzungen des Deutschen Mieterbunds (DMB) zufolge könnten die Heizkosten 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 40 bis 50 Prozent steigen. Bei einer 90 Quadratmeter großen Wohnung sei mit Mehrkosten von fast 500 Euro im Jahr zu rechnen, warnt der DMB. Allerdings ist fraglich, ob und wann es „Energie-Sozialtarife“ auf breiter Front geben wird. Bislang ist der Energiekonzern Eon, der bestimmten Kunden einen Sozialrabatt gewährt, die große



Der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) Sarrazin rät Menschen, die unter hohen Heizkosten leiden, ihren Energieverbrauch einzuschränken und die Zimmertemperatur zu drosseln. (Foto: dpa)



Energiebewusstes Beheizen von Haus und Wohnung zahlt sich aus: Ein Grad weniger Raumtemperatur senkt die Heizkosten um rund sechs Prozent. Foto: iwo

Ausnahme. Nach Angaben von Eon erhalten mittlerweile gut 20.000 Kunden eine Vergünstigung von 60 bis 120 Euro jährlich. Die Kunden werden von der Grundgebühr befreit, eine Ermäßigung auf den Kilowattstunden-Preis gibt es allerdings nicht. Also werden Preiserhöhungen nicht unmittelbar aufgefangen. Als Nachweis der Bedürftigkeit gilt bei Eon die Befreiung von der GEZ-Gebühr. Die Mehrheit der Energieversorger lehnt Sozialtarife ab. Als Drohung steht im Raum, die Kosten für Tarifiermäßigungen durch Preiserhöhungen an anderer Stelle auszugleichen.

### **Welche Alternativen gibt es, um Verbraucher zu entlasten?**

Nach Ansicht von FDP-Generalsekretär Dirk Niebel würden Sozialtarife „vor allem Neid schüren“. Deshalb machen sich die Liberalen dafür stark, den Mehrwertsteuersatz auf Energie von 19 auf sieben Prozent zu senken. „Sollte dies an europarechtlichen Bedenken scheitern, wäre die Absenkung der Ökosteuer eine schlüssige Alternative, um Bürgern und Wirtschaft die dringend benötigte Entlastung zu verschaffen“, sagte Niebel der WAZ. Die Energie-Expertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) regt an: „Die Politik sollte Verbraucher unterstützen, die Energie einsparen wollen – etwa durch zinsgünstige Kredite für den Kauf moderner Kühlschränke.“

### **Was hat das Thema Atomausstieg mit der Diskussion zu tun?**

Die Union macht sich für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke stark. Im Gegenzug sollen die Energiekonzerne die Preise senken und mehr Geld in die Energieforschung investieren. „Sinnvoll wäre es, günstigere Stromtarife für einkommensschwache Haushalte gemeinsam mit einem Atomkonsens II zu vereinbaren“, sagte DIW-Expertin Claudia Kemfert der WAZ. „Durch längere Laufzeiten der Kernkraftwerke ließen sich günstigere Tarife finanzieren.“

### **Mehr zum Thema:**

- Sarrazin empfiehlt Pullover gegen Kälte
- "Es geht um menschenwürdiges Wohnen"
- Berlin lehnt Sozialtarife für Energie ab